

## Aus dem Inhalt

### dfi analyse

Wozu deutsch-französische Kooperation? – Seite 1

### dfi information

Ausarbeitung einer „Grenzüberschreitenden strategischen operationellen Vision der Großregion“ – Seite 4

Ankündigung Frankreich Jahrbuch 2018 – Seite 4

Wissenschaftliche Studie über das deutsch-französische Cotutelle-Verfahren am Beispiel der DFH – Seite 4

„Satire dient dazu, verschiedenen Auffassungen eine gewisse Schärfe zu verleihen“ – Seite 5

Deutsch-französischer Tag für Französischlehrer und -referendare – Seite 6

Ankündigung: XXXV. Jahrestagung des dfi, 28. – 29. Juni 2019 in Ludwigsburg – Deutsch-französische Zusammenarbeit 2.0 – Seite 7

ON Y VA – AUF GEHT'S – LET'S GO! Letzte Ausschreibungsrunde – letzte öffentliche Abstimmung des Ideenwettbewerbs – Seite 7

### dfi service

BNP Paribas vergibt erneut drei Stipendien an Studierende der Deutsch-Französischen Hochschule – Seite 8

Master in Border Studies – Seite 8

Gegen Mangelerscheinungen an Sonne, Lavendel und Mittelmeer – Seite 9

Impressum – Seite 9

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abbestellen:  
► <http://www.dfi.de/storno>

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg

Ausgabe 1 | 2019

## Wozu deutsch-französische Kooperation?



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Emmanuel Macron, Präsident Frankreichs, nach der Unterzeichnung des „Vertrages von Aachen“ über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration im Krönungssaal des Rathauses. (li.) Jean-Yves Le Drian, Minister für Europa und Auswärtige Angelegenheiten; (re.) Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen. Quelle: Bundesregierung / Bergmann, Guido.

**dfi analyse** Am 22. Januar unterzeichneten Emmanuel Macron und Angela Merkel in Aachen einen neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag (Aachener Vertrag), der den weiterhin gültigen Elysée-Vertrag von 1963 ergänzen soll.

Das Ereignis erfuhr (vor allem in Deutschland) die gebührende politische und mediale Aufmerksamkeit. Vielfach wurde nach dem Mehrwert des neuen Vertrags gefragt und die Kritiker sahen, ähnlich übrigens wie 1963 bei der Ratifikation des Elysée-Vertrags, insgesamt wenig Substanz im neuen Abkommen. Dabei gibt es durchaus vielversprechende Elemente, unter anderem in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, in der Anerkennung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und in der Absicht, ein gemeinsames „deutsch-französisches Zukunftswerk“ zu begründen.

Gleichzeitig warnte die Bundeskanzlerin selbst vor zuviel Enthusiasmus und verdeutlichte in ihrer Ansprache: „...die Arbeit ist damit nicht getan. Der

Vertrag muss gelebt werden – Tag für Tag. [...] Deshalb ist die Frage entscheidend, ob hinter diesem Vertrag der Wille steht, ihn auch wirklich mit Leben zu erfüllen. [...] Ja, wir haben den unbedingten Willen dazu.“

Wie sieht es nun nach den Feierlichkeiten mit diesem unbedingten Willen aus, welche Projekte lassen sich identifizieren und welches Leitbild vereinigt sie? Die Bundeskanzlerin gab auch diesbezüglich in Aachen die großen Linien vor. Der neue Vertrag sei notwendig, denn, so Angela Merkel, es bedürfe „...einer Neubegründung unserer Verantwortung innerhalb der Europäischen Union – der Verantwortung von Deutschland und Frankreich in dieser Europäischen Union.“

Wie in der Vergangenheit, enthält dieses Zitat ein Bekenntnis zum grundlegenden Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, an dem sich das politische Handeln der Akteure orientiert. Das Ergebnis bitterer historischer Erfahrung ist, dass keiner der beiden Staaten, Frankreich oder Deutschland, alleine auf Dauer mächtig und groß

Fortsetzung auf Seite 2

genug ist, um Stabilität in Europa herzustellen. Nur durch ihre Zusammenarbeit können sie dem Kontinent zu Stabilität verhelfen, daher die besondere Verantwortung für die Europäische Union. Um von den anderen Europäern akzeptiert zu werden, darf deutsch-französische Zusammenarbeit dabei jedoch nicht exklusiv sein, der Aachener Vertrag betont dies mehrfach. Um bei den anderen Europäern auf Zustimmung zu stoßen, müssen deutsch-französische Initiativen sich am europäischen Interesse orientieren und die anderen Mitgliedstaaten einbeziehen. In der Vergangenheit funktionierte der so definierte „Motor für Europa“ häufig in Form deutsch-französischer Stellvertreterkompromisse, die dann Wirkung entfalten konnten, wenn sie die bestehende Europäische Union weiterentwickelten und gleichzeitig die Interessen der anderen EU-Mitgliedstaaten achteten.

Wie sieht es nun seit dem Aachener Vertrag mit konkreten europapolitischen Initiativen aus?

Für viele Beobachter überraschend, kam es wenige Tage nach der Vertragsunterzeichnung bereits zu einer selten so offen ausgetragenen deutsch-französischen Meinungsverschiedenheit. Im Streit um das von der Bundesregierung favorisierte Projekt einer Gaspipeline von Russland durch die Ostsee (unter Umgehung der Ukraine und der osteuropäischen EU-Mitglieder) nach Deutschland (Nord Stream 2) setzte Deutschland zunächst darauf, dass sein Stimmengewicht im EU-Ministerrat, zusammen mit den Stimmen Frankreichs, ausreichen würde, eine europäische Entscheidung zu blockieren. So hätte die Bundesregierung weiterhin ihre eigenen nationalen Präferenzen im Hinblick auf die Gasverbindung nach Russland durchsetzen können. Dahinter steht schon seit längerem die Weigerung Deutschlands, auf Einwände insbesondere der Osteuropäer, aber auch Italiens und Frankreichs im Hinblick auf das Pipelineprojekt einzugehen. Erst die öffentliche Ankündigung Frankreichs kurz



Verlauf von Nord Stream 2.  
Quelle: Wikimedia Commons

vor der Abstimmung, dem Vorschlag der EU-Kommission zuzustimmen und damit gegen den Blockierer Deutschland zu stimmen, sorgte bei der Bundesregierung für Kompromissbereitschaft. Im Streit um die Pipeline geht dabei unter, dass die weiterreichenden Vorschläge zur Schaffung einer europäischen Energieunion und eines Energiebinnenmarkts, mit denen Kommissionspräsident Juncker 2014 angetreten war, kaum noch Erwähnung finden – ihnen fehlt insbesondere die Unterstützung durch die großen Mitgliedsstaaten.

Neben dem Feld der Energiepolitik finden sich in zwei weiteren für die EU entscheidenden Politikfeldern Ansätze für deutsch-französische Initiativen. Bei beiden drängt sich zumindest der Verdacht auf, dass diese sich stärker an kurzfristigen deutschen und französischen Eigeninteressen orientieren als an der Weiterentwicklung und Stabilisierung der Europäischen Union. Einerseits geht es um eine schlagkräftigere europäische Industrie- und Wirtschaftspolitik. Andererseits um die Reform der Eurozone und deren weitere Stabilisierung. In beiden Feldern wäre die Weiterentwicklung des europäischen Status quo jedoch wichtig, um gemeinsame politische Handlungsfähigkeit als Europäer zu gewinnen, wie sie Präsident Macron in seiner Sorbonne-Rede so eindringlich gefordert hatte.

### Zunächst zur Industriepolitik

Die beiden Wirtschaftsminister Peter Altmaier und Bruno Le Maire mussten kurz nach den Ankündigungen im Aachener Vertrag akzeptieren, dass das von beiden Regierungen favorisierte Projekt einer Fusion der Zugsparten von Siemens und Alstom an den EU-Wettbewerbsregeln scheiterte. Fast gleichzeitig verkündete Airbus das Aus des mit großen politischen Vorschusslorbeeren und immensen Summen an Steuermitteln entwickelten Riesenfliegers A 380, der doch das Symbol des Erfolges deutsch-französischer Industriekooperation sein sollte.

Vor dem Hintergrund dieser Misserfolge setzt das gemeinsame Papier der Wirtschaftsminister sowie die von Altmaier in der Vorwoche veröffentlichte „nationale Industriestrategie“ dennoch auf mit politischer Unterstützung fusionierte Großunternehmen, um so „nationale“ und „europäische“ Champions zu schaffen, die im weltweiten Wettbewerb bestehen können. Manche Ökonomen haben Zweifel, ob gerade die Größe eines Unternehmens für seine Innovationskraft und letztendlich seine Wettbewerbsfähigkeit entscheidend ist, aber immerhin bewegen die beiden Länder sich



Pressekonferenz mit dem französischen Wirtschaftsminister Bruno Le Maire und dem deutschen Wirtschafts- und Finanzminister Peter Altmaier. Quelle: Hubert Raguet, flickr.

hier aufeinander zu und entwickeln politische Leitbilder. Aus EU-Sicht bedenklicher erscheinen die deutsch-französischen Vorschläge, die darauf abzielen, Kartellentscheidungen der Europäischen Kommission durch politische Mehrheiten der Mitgliedstaaten überstimmen zu können. Johannes Laitenberger etwa, der Leiter der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission, befürchtet, dass sehr schnell vermeintliche Champions „vom Wettbewerbsdruck und von der Wettbewerbsaufsicht freigezeichnet“ würden und damit der EU ihr schärfstes Schwert, das gerade auch die großen US-amerikanischen Konzerne Microsoft und Google zu spüren bekommen haben, genommen würde.



Airbus A380. Quelle: Wikimedia Commons

Richtungsweisender scheint im Papier der Wirtschaftsminister der Abschnitt zur gemeinsamen Finanzierung innovativer Forschung, etwa im Bereich künstlicher Intelligenz und hochriskanter „Sprunginnovationen“ (*disruptive innovation*). Es stellt sich allerdings die Frage, wie die verschiedenen nationalen Ansätze, die deutsch-französischen Initiativen (im Aachener Vertrag) und neue europäische Ansätze zusammengehen sollen. In der Vergangenheit sorgten die Mitgliedstaaten bei gemeinsamen Forschungsförderungsprogrammen regelmäßig dafür, dass nicht den besten Projekten und den vielversprechendsten An-

Fortsetzung von Seite 2

sätzen in Europa zum Durchbruch verholfen wurde, sondern zunächst alle beteiligten Länder die von ihnen eingesetzten Mittel wieder „zurück“ ins eigene Land holen konnten.

Im Hinblick auf einen echten europäischen Mehrwert, der alleine einen Unterschied zu den bestehenden Ansätzen machen würde, müssten die 2018 von der Bundesregierung beschlossene deutsche „Agentur für Sprunginnovationen“, das im Aachener Vertrag eingeführte „Deutsch-Französische Zukunftswerk“, die geplante deutsch-französische „Agentur für künstliche Intelligenz“ und der gerade im Entstehen begriffene „Europäische Innovationsrat“ zusammenarbeiten und kompatible Förderinstrumente entwickeln. Dies wird nicht von alleine geschehen, sondern bedarf entsprechender politischer Vorgaben.

### Schließlich zur Reform der Eurozone

Trotz aller deutsch-französischer Gegensätze und Konflikte, die insbesondere während der Schulden- und Währungskrise deutlich zu Tage traten, bewegen sich beide Regierungen hier aufeinander zu. Nach der langen Zeit des Stillstands, bedingt durch die schwierige Regierungsbildung in Deutschland, nahm zunächst der deutsch-französische Gipfel in Meseberg die wichtigsten französischen Ideen auf, insbesondere die eines Budgets für die Eurozone. Inzwischen liegen weitere Vorschläge auf dem Tisch, wie dieses ausgestaltet sei. Dabei orientiert man sich nicht, wie von Präsident Macron ursprünglich gehofft, an den Europawahlen im Mai, die so zu einer Abstimmung über den Neustart Europas hätten werden können. Stattdessen wird sich, wie von den Staats- und Regierungschefs im Dezember festgelegt, erst der reguläre Juni-Gipfel des Europäischen Rats wieder den Reformvorschlägen für die Eurozone annehmen.

### Wie sehen diese aus?

Wie zu erwarten war, musste die französische Regierung einen hohen Preis für die Akzeptanz eines „Eurozonenhaushalts“ durch Deutschland bezahlen. Im Klartext bedeutet dies, es wird den für Macron so wichtigen Haushalt geben, aber zu deutschen Bedingungen. Dieser soll für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz eingesetzt werden, Instrumente zur Stabilisierung der Eurozone bleiben jedoch außen vor.

Wie der EU-Haushalt, soll der Euro-Haushalt durch vorher festgelegte Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert werden. Jede Regierung wird also darauf achten wollen, dass die von ihr eingesetzten Mittel in etwa in gleicher Höhe auch wieder in ihr Land zurückfließen. Mit diesem Geld

sollen dann nationale Reforminitiativen der Mitgliedstaaten kofinanziert werden können. Die nicht weiterverfolgte Alternative wäre gewesen, der Eurozone eine eigene Finanzierungsquelle („Eigenmittel“) zu erschließen, etwa aus der viel diskutierten Finanztransaktionssteuer. Diese Mittel hätten dann direkt für europäische politische Instrumente eingesetzt werden können, welche sich an einer Stabilisierung der gesamten Eurozone über Gemeinschaftspolitik orientieren würden. Dafür wäre ebenfalls eine Stärkung der Gemeinschaftsorgane erforderlich. Der deutsch-französische Vorschlag entwickelt stattdessen die schon bisher bestehende Koordinierung gemeinsamer Politiken in der Eurozone weiter.

### „Gemeinschaftspolitik“: Beispiel Weiterbildung

Eine „Gemeinschaftspolitik“ bezeichnet politische Instrumente, die von den EU-Organen (Europäische Kommission, Europäisches Parlament und Ministerrat) entwickelt und entschieden werden. Sie kommt gleichermaßen allen beteiligten Ländern zugute, aber bspw. nur einer bestimmten Gruppe von Bürgern. So könnten etwa arbeitslose Jugendliche finanziell dafür belohnt werden, sich zu einer Weiterbildung in einem anderen EU-Land zu entschließen. Solche Politiken haben einen „gemeinschaftlichen Mehrwert“ für alle Beteiligten / Betroffenen: Für die heimische Arbeitslosenversicherung (Entlastung), beim Kampf gegen den Facharbeitermangel (etwa in Deutschland), für die Jugendlichen selbst und nicht zuletzt bei der Stärkung der Identifikation mit Europa.

Die verschiedenen derzeit diskutierten deutsch-französischen Reformvorschläge sind also einerseits durchaus Ausdruck einer neuen deutsch-französischen Dynamik, die sich schon mit dem Aachener Vertrag manifestiert hat. Andererseits scheinen die Vorschläge und die ihnen zugrundeliegenden Kompromisse eng an den „nationalen“ Interessen der beiden Gründungsstaaten ausgerichtet, und es fragt sich, wie damit die Europäische Union gestärkt und den zentrifugalen Tendenzen, die sie zu zerstören drohen, begegnet werden soll. Auch die Zustimmung der anderen Mitgliedstaaten zu den Vorschlägen zeichnet sich bisher eher in jenen Ländern ab, die die Stärkung der Europäischen Union sowieso kritisch sehen.

Um in einer größer gewordenen Union weiterhin entscheidende Impulse setzen zu können, müssen die beiden Gründerstaaten jedoch nicht nur ambitionierte Kompromisse zwischen ihren nationalen Positionen finden. Neben der Einbeziehung und Berücksichtigung der anderen Mitgliedstaaten wird es außerdem nötig sein, die Gemein-

### „Gemeinsame Politik“: Beispiel Berufsbildung

„Gemeinsame Politik“ bezeichnet das koordinierte Vorgehen mehrerer Staaten (etwa der Mitgliedstaaten der Eurozone). Dabei können sich die Verantwortlichen eher locker und unverbindlich oder sehr konkret auf von allen zu erreichende Ergebnisse verpflichten. So könnten etwa alle Mitgliedstaaten der Eurozone akzeptieren, ihr Berufsbildungssystem zu reformieren, um die Mobilität von Jugendlichen zu erhöhen oder die Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu stärken. Typischerweise bleiben die Resultate einer solchen Politik eher begrenzt. „Vergleichbarkeit von beruflichen Abschlüssen“ bedeutet z.B. noch nicht, dass eine Jugendliche mit dem entsprechenden französischen Abschluss dann auch in Deutschland ohne weiteres in ihrem Beruf arbeiten darf.

schaftsinstitutionen zu respektieren und zu stärken – also insbesondere der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament zuzugestehen, dass sie in ihren Entscheidungen das europäische Gemeinwohl definieren und Politiken beschließen können, um dieses zu realisieren. Dafür bedarf es der nötigen Mittel. Diese Institutionen zu stärken und sie vor Angriffen von außen zu schützen muss ebenfalls Aufgabe des deutsch-französischen Motors sein, gegebenenfalls auch auf Kosten kurzfristiger nationaler Präferenzen.

Sowohl in Frankreich, als auch in Deutschland hat die zunehmende „Politisierung“, der politische Streit über europäische politische Entscheidungen, zur Entstehung EU-skeptischer, anti-europäischer und nationalistischer Bewegungen geführt. Gerade Deutschland und Frankreich müssen gegen diese Tendenzen offensiv Stellung beziehen und bei ihren nationalen Wählerschaften für die Zustimmung zu europäischen Entscheidungen werben und diese erklären. Präsident Macron hat im Wahlkampf gezeigt, wie dies mit viel Einsatz und Energie auch in stürmischen Zeiten erfolgreich möglich ist. Man darf hoffen, dass die geplante enge Zusammenarbeit zwischen Bundestag und *Assemblée nationale* ebenfalls dazu beitragen wird, der demokratischen Debatte über europäische Politik einen Raum zu schaffen, der für Transparenz sorgt und die nationale Beschränkung der Sichtweisen aufzuheben erlaubt. Dennoch wird es auch nötig sein, die Instrumente und Mittel, die für gesamteuropäische, gemeinschaftliche Politik zur Verfügung stehen, zu stärken und weiterzuentwickeln. Dies wird ohne deutsch-französische Impulse nicht gehen.

Stefan Seidendorf ► [seidendorf@dfi.de](mailto:seidendorf@dfi.de)



## Ausarbeitung einer „grenzüberschreitenden strategischen operationellen Vision der Großregion“

In der zweiten Jahreshälfte 2018 hatte das dfi im Rahmen des Interreg-Projekts V A „Raumentwicklungskonzept der Großregion“ an einer Ausschreibung des Luxemburger Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur teilgenommen.

Das gemeinsame Konsortium aus dem dfi und dem wallonischen Forschungsinstitut Institut Destrée ([www.institut-destree.eu](http://www.institut-destree.eu)) konnte die Auswahlkommission mit einem Angebot überzeugen, in dem sich die langjährige Beschäftigung mit grenzüberschreitenden Phänomenen am Oberrhein und im SaarLorLux-Gebiet, die vielfachen Kontakte zu Entscheidern, Experten und Spezialisten vor Ort, Methodenkenntnis und Erfahrung bei der Moderation und Steuerung partizipativer Prozesse verbinden.



Übersichtskarte der Großregion SaarLorLux.  
Quelle: EPei, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=15889551>



Nach einer Stabsübergabe im November organisieren das dfi und sein Partner nun eine Reihe von policy labs und partizipativen Workshops, die die Ausarbeitung der grenzüberschreitenden operationellen strategischen Vision begleiten werden, die anschließend der politischen Ebene und der saarländischen Präsidentschaft der Großregion vorgestellt wird. Am Ende des Prozesses sollen prioritäre Maßnahmen und konkrete Pilotprojekte definiert werden, die den operationellen Aspekt der Vision unterstreichen.

Stefan Seidendorf ▶ [seidendorf@dfi.de](mailto:seidendorf@dfi.de)

## Ankündigung Frankreich Jahrbuch 2018

Dieser Sammelband beleuchtet das Phänomen Emmanuel Macron aus verschiedenen Blickwinkeln, angefangen bei den Umständen seiner Wahl über die von ihm eingeleiteten Reformen und seine europapolitischen Vorstellungen bis hin zu seiner intellektuellen Prägung.

Des Weiteren wird analysiert, wie sich die Situation für die stark geschwächte Linke in Frankreich darstellt und inwieweit verschiedene Formen gesellschaftlicher Partizipation Auswege aus der Krise der repräsentativen Demokratie weisen könnten.

Der Inhalt

- Wie lässt sich die Wahl von Emmanuel Macron aus soziologischer Sicht erklären?
- Macron als Philosoph
- Innenpolitische Reformen und Europapolitik des französischen Präsidenten
- Welche Zukunft hat die französische Linke?
- Die Krise der politischen Repräsentation im Spiegel der französischen Literatur
- Partizipationsprozesse in der französischen Umwelt- und Energiepolitik

Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut (dfi), Frankreich Jahrbuch 2018. Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa. Erscheint im April 2019.

## Wissenschaftliche Studie über das deutsch-französische Cotutelle-Verfahren am Beispiel der DFH

Die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat sich weltweit zunehmend internationalisiert. Ein Instrument dabei ist die Doppelbetreuung mit einem von zwei Universitäten gemeinsam getragenen Prüfungsverfahren.

Bei der so genannten „Cotutelle“ geht es darum, die Doktoranden nicht nur in ihrem Fachgebiet von Wissenschaftlern aus zwei Ländern betreuen zu lassen, sondern sie auch mit dem jeweiligen akademischen System vertraut zu machen. Dadurch sollen die beruflichen Chancen der Nachwuchswissenschaftler verbessert werden. Allerdings ist das Cotutelle-Verfahren mit erheblichem administrativem Mehraufwand verbunden.

Die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) fördert die Cotutelle-Verfahren finanziell und durch praktische Hilfestellungen. Seit Juli 2018 untersucht das Deutsch-Französische Institut im Auftrag der Deutsch-Französischen Hochschule die von der DFH geförderten binationalen Promotionsverfahren. Neben der Prüfung des vorliegenden Akten-Materials bei der DFH (hierbei geht es vor allem um die Berichte der Absolventen und um die Cotutelle-Vereinbarungen) werden Interviews mit ausgewählten Zielgruppen geführt, insbesondere mit Universitäten, Betreuern und Doktoranden. Diese Interviews dienen zur Validierung der im Verlauf der Studie entwickelten Hypothe-



sen. Entscheidend ist auch die Einbeziehung der administrativen Ebene der Universitäten, die bei der Gestaltung der Cotutelle-Verfahren an beiden Partnerhochschulen direkt involviert sind, um Erkenntnisse über Informations-, Kommunikations- und Kooperationswege zu erlangen.

Zentrale Fragestellungen sind in diesem Zusammenhang u.a.: Was ist die Motivation für eine Cotutelle, worin liegt der Mehrwert? Wie können administrative Hürden überwunden werden? Gibt es verstärkt Bedarf an Beratung und, wenn ja, bei welchen Zielgruppen? Lässt sich die Abfassung einer „Convention de cotutelle“ vereinfachen? Sind traditionelle Cotutelle-Verfahren noch zeitgemäß? Die Ergebnisse der Studie werden in Form von Handlungsempfehlungen an die Deutsch-Französische Hochschule übermittelt.

Dieses Projekt gehört in den größeren Forschungszusammenhang der Untersuchungen von Kooperationen unter Institutionen, Organisationen und Unternehmen, die das dfi seit einigen Jahren durchführt.

Susanne Gehrig ▶ [gehrig@dfi.de](mailto:gehrig@dfi.de)

## „Satire dient dazu, verschiedenen Auffassungen eine gewisse Schärfe zu verleihen“

Am 9. Januar hat Carina Gabriel-Kinz von der Universität Kassel über die Entwicklungen deutscher und französischer Satire im 19. und 20. Jahrhundert vorgetragen und ist dabei ausführlich auf die Darstellung der zu nächst in einer dänischen Zeitschrift veröffentlichten Karikaturen des Propheten Mohammed 2005 in den Zeitschriften *Charlie Hebdo* und *Titanic* eingegangen.

Carina Gabriel-Kinz arbeitet seit November 2017 an der Universität Kassel an ihrem Promotionsprojekt „Grenzen der Komik? Satire und gesellschaftlicher Wandel in Deutschland und Frankreich am Beispiel der Zeitschriften *Titanic* und *Charlie Hebdo* von 1992 – 2017“.

Um herauszufinden, wie die Arbeit der *Charlie Hebdo*-Redaktion in diesem Zeitraum von französischen und deutschen Medien kommentiert wurde, hat sie in der Woche vom 7. – 11. Januar in der Frankreich-Bibliothek mehrere Tausend Presseauschnitte gesichtet und dabei von einem Mobilitätsstipendium des dfi profitiert. Das Pressearchiv des dfi zu französischen und deutsch-französischen Themen, das ca. 600.000 Presseartikel umfasst, ist für eine solche zeithistorische Forschung eine einzigartige Quellensammlung, die so nur in Ludwigsburg vorhanden ist. Gabriel-Kinz will mit ihrer Arbeit einen Beitrag zur geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung von Werten und Wertewandel in Deutschland und Frankreich leisten.

Institutionalisierte Satire und ihre bildliche Form, die Karikatur, erlebten einen ersten Boom im 19. Jahrhundert, als es durch Innovationen in der Drucktechnik möglich wurde, in relativ kurzer Zeit eine große Anzahl an Texten zu produzieren und so das Zeitalter der Massenkommunikation begann, erklärte sie zu Beginn ihres Vortrags. Karikaturen wurden fortan eingesetzt zur Darstellung politischer Missstände, zur Kritik an der Kirche, aber auch zur Verstärkung von Vorurteilen gegenüber anderen Nationen oder ethnischen Minderheiten oder, v.a. in Kriegszeiten, zu Propagandazwecken.

Bis zum Ende des II. Weltkriegs wurden Satiriker und Karikaturisten häufig von Zensur und gesellschaftlichen Tabus, deren Bruch juristisch sanktioniert werden konnte, eingeschränkt. In der Nachkriegszeit und während der anschließenden Umbrüche in den 60er Jahren gewannen die Meinungs- und Kunstfreiheit als grundlegende Werte und als in der Verfassung verankertes Recht in westlichen Demokratien immer größere Bedeu-



Carina Gabriel-Kinz bei ihrem Vortrag am dfi. Quelle: dfi.

tung. Manche fürchteten, dass die Demokratisierung der Gesellschaften den Untergang der Satire bedeuten werde, da nun alles gesagt und gezeigt werden dürfe.

Dass ihr dennoch weiterhin auch in Ländern wie Frankreich und Deutschland Grenzen gesetzt sind, zeigte sich z.B. im sogenannten Karikaturenstreit 2006, den Gabriel-Kinz als Fallbeispiel für ihren Vortrag ausgewählt hatte.

Ausgelöst wurde dieser Streit durch zwölf Mohammed-Karikaturen, die im September 2005 zunächst in der dänischen Tageszeitung *Jyllands-Posten* veröffentlicht und anschließend in weiteren europäischen Printmedien abgedruckt wurden. Diese Darstellungen wurden global diskutiert und es kam letztlich zu gewaltsamen Ausschreitungen mit Todesopfern. Diese Konflikte, so die Referentin, stehen symptomatisch für die neuesten kulturellen Aushandlungsprozesse zwischen Okzident und Orient. Auch *Charlie Hebdo* und *Titanic* haben diese Mohammed-Karikaturen publiziert, allerdings in unterschiedlicher Weise: *Charlie Hebdo* übernahm 2006 alle zwölf in sein Heft, das Anfang Februar erschien, und ergänzte sie um eigens gezeichnete Darstellungen des Propheten.

Die *Titanic* hingegen machte sich in ihrer Ausgabe, die Ende Februar 2006 erschien, über den

Karikaturenstreit insgesamt lustig, verzichtete auf eigene satirische Zeichnungen Mohammeds und karikierte im gleichen Heft auch die Religionen Buddhismus, Christentum und Judentum. Von den dänischen Karikaturen druckte sie nur zwei in der Rubrik „Humorkritik“ ab und kommentierte sie eher kritisch.

Dieser zurückhaltende Beitrag zum Karikaturenstreit in der deutschen Zeitschrift führte vermutlich dazu, dass es hierzulande um die *Titanic*-Ausgabe weitgehend ruhig blieb. *Charlie Hebdo* hingegen, das sich auf die in westlichen Gesellschaften allgemein gültigen Meinungsfreiheit und auch auf die französische Laizität berief, wurde für den Druck der dänischen und eigenen Mohammed-Karikaturen von der *Union des Organisations Islamiques de France* und der *Mosquée de Paris* angeklagt, am Ende des Prozesses aber freigesprochen.

Irritiert zeigten sich einige Zuhörer davon, dass Carina Gabriel-Kinz die umstrittenen dänischen und französischen Karikaturen nicht zeigte. Dies begründete sie damit, dass diese immer noch sehr umstritten seien und die Provokation, als die diese Karikaturen gedacht waren, nicht Thema ihres Vortrags sein sollten, sondern die Auseinandersetzungen, die sie ausgelöst haben.

## Deutsch-französischer Tag für Französischlehrer und -referendare

Das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg (dfi), das Institut Français Stuttgart und die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg veranstalten am Freitag, den 29. März 2019 von 14 bis 18 Uhr einen Deutsch-Französischen Tag in der PH Ludwigsburg. Thema der Veranstaltung ist die Situation der Frankophonie heute, ihr Programm richtet sich an Französischlehrkräfte sowie -referendare und -referendarinnen.

Zum Einstieg wird Bernard Magnier, Journalist und Direktor der Reihe „Afriques“ des renommierten Verlags Actes Sud einen Überblick über die frankophone Literatur der afrikanischen Länder südlich der Sahara geben.

Im Anschluss daran werden zweimal nacheinander vier Ateliers angeboten: Martin Villinger, Leiter der Frankreich-Bibliothek des dfi, wird über Migration und Integration in Frankreich referieren und einen Überblick über die frühere und neuere Einwanderung nach Frankreich geben. Dabei wird er zeigen, wie das universale Selbstverständnis Frankreichs als traditionelles Einwanderungsland, das Gleichheitsversprechen der Republik und die weltumspannende Rolle der französischen Sprache das Land für viele Jahrzehnte zu einem Sehnsuchts- und Fluchtort machten. Wie in diesem Land mit dem Front national (heute: Rassemblement national) die über lange Jahrzehnte größte, virulenteste und erfolgreichste rechtsextreme Anti-Einwanderungspartei Westeuropas entstehen konnte, welche Rolle bei der Integration der Einwanderer die Frankophonie spielt(e) und welche Rolle den lokal existierenden communautés bei der Eingliederung und Versorgung der Neuankömmlinge zukommt, sind Fragen, die Villinger im Rahmen seines Vortrags beantworten wird.

Im Atelier „Les images de l'autre? – Interkulturelles Lernen mit dem senegalesischen Fotografen Omar Victor Diop“ wird Dr. Markus Buschhaus darstellen, wie Bildmedien zur Verhandlung kultureller Identitäten beitragen, indem sie historisch und kulturell Anderes augenfällig machen und damit auch vermeintlich Eigenes und vermeintlich Fremdes in Bewegung geraten lassen. Am Beispiel von Arbeiten des senegalesischen Fotokünstlers Omar Victor Diop wird Buschhaus curriculare Bezüge zum Themenfeld der Frankophonie herstellen sowie analytische, handlungs- und produktionsorientierte Ansätze der Didaktisierung für den Französischunterricht der Sekundarstufe II erörtern.

Anhand frankophoner Comics lädt Dr. Marc Blancher zu einer bildlichen Reise durch die Franko-



*Der Fotograf Omar Victor Diop. Anhand seiner Aufnahmen wird Markus Buschhaus darstellen, wie Bildmedien zur Verhandlung kultureller Identitäten beitragen.*

phonie ein. Dabei wird er aktuelle Werke aus dem oder über den französischsprachigen Raum präsentieren und Möglichkeiten, sie im Unterricht einzusetzen, vorstellen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden nach Québec, Nordafrika (hier vor allem nach Algerien und Marokko) sowie in den Senegal oder an in die Elfenbeinküste mitgenommen. Die ausgewählten Werke stammen entweder aus den jeweiligen Ländern (interne Perspektive) oder dokumentieren ihre Kultur (externe Perspektive). Es wird sowohl mit ihrem comic-spezifischen didaktischen Potential als auch mit einigen Verfilmungen gearbeitet.

Thema von Dr. Georges Leyenberger und Prof. Dr. Jürgen Mertens sind die Ursprünge, die Gegen-

wart und die Repräsentation der Frankophonie. Ausgehend von den politischen und kulturellen Auslösern der Idee der Frankophonie und ihrer Institutionalisierung während der 1960er-1970er Jahre wird die Modernität dieses Konzepts im Zeitalter der Globalisierung hervorgehoben und der Frage nachgegangen, ob sie als ein alternatives Model für Kultur und Bildung, evtl. sogar für Politik und Wirtschaft verstanden werden kann. Außerdem werden die unterschiedlichen Darstellungen der Frankophonie in Schulbüchern analysiert, um zu zeigen, wie wichtig sie heute ist.

Vor, nach und zwischen den Programmpunkten können die Teilnehmer sich am Stand des dfi sowie an Büchertischen der Verlage Cornelsen, Klett und Reclam informieren.

Unsere Veranstaltung wird als Fortbildung vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg anerkannt. Wir verfügen über 120 Plätze, die aus Kapazitätsgründen ausschließlich für Lehrer und Referendare vorgesehen sind.

Wenn Sie an der Veranstaltung teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte an: online über unser Anmeldeformular unter <https://www.dfi.de/anmeldung> oder per Fax: 07141 – 93 03 – 55 oder telefonisch: 07141 – 93 03 – 0

Weitere Informationen: Martin Villinger [villinger@dfi.de](mailto:villinger@dfi.de) (Leiter der Frankreich-Bibliothek, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg)



*Die französische Fußballnationalmannschaft vor einem Spiel gegen die österreichische im Januar 1937. Raoul Diagne, stehend links, aus dem Senegal war der erste farbige Spieler, der das „maillot bleu“ trug. Quelle: Wikipedia.org.*



## Ankündigung: XXXV. Jahrestagung des dfi, 28. – 29. Juni 2019 in Ludwigsburg Deutsch-französische Zusammenarbeit 2.0



Mit dem Aachener Vertrag und dem Deutsch-Französischen Parlamentsabkommen zwischen der *Assemblée nationale* und dem Deutschen Bundestag werden die vertraglichen Grundlagen der deutsch-französischen Zusammenarbeit erheblich erweitert.

Erstmals in der Geschichte der beiden Länder wird es ein Abkommen zur routinierten Koopera-

tion zwischen den Parlamenten geben. Mit dem Aachener Vertrag verbindet sich der Wunsch, die geänderte Realität seit dem Elysée-Vertrag von 1963 in eine vertragliche Grundlage zu gießen und der Anspruch, die deutsch-französische Zusammenarbeit auf eine neue Ebene zu heben.

Die XXXV. Jahrestagung des dfi widmet sich diesen Neuerungen, evaluiert deren Potenzial und

*Bundeskanzlerin Angela Merkel (vorne, 2.v.l.) bei der Begrüßung zur Unterzeichnung des „Vertrages von Aachen“, vor dem Rathaus (vorne, v.l. Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Bevollmächtigter für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit; Emmanuel Macron, Präsident Frankreichs; Marcel Philipp, Oberbürgermeister von Aachen).*

*Quelle: Bundesregierung / Bergmann, Guido.*

analysiert konkrete Handlungsperspektiven, die sich mit den neuen Vertragsgrundlagen verbinden. Gemeinsam mit zentralen deutschen und französischen Akteuren aus der praxisnahen Wissenschaft, der Politik, der Verwaltung, der Wirtschaft, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Zivilgesellschaft sollen im Rahmen der Veranstaltung kurz- und mittelfristig realisierbare und an tatsächlichen Bedürfnissen orientierte Perspektiven für die Zusammenarbeit identifiziert und diskutiert werden, die einen echten Mehrwert für die Bürger haben und die gemeinsame Handlungsfähigkeit stärken.

Weitere Informationen:

► [https://www.dfi.de/de/Veranstaltungen/veranstaltung\\_jahrestagung.shtml](https://www.dfi.de/de/Veranstaltungen/veranstaltung_jahrestagung.shtml)

► Kontakt: Valérie Lejeune ► [lejeune@dfi.de](mailto:lejeune@dfi.de)

## ON Y VA – AUF GEHT'S – LET'S GO!

### Letzte Ausschreibungsrunde – letzte öffentliche Abstimmung des Ideenwettbewerbs

Ein internationales städtepartnerschaftliches Jugendmusikfestival, ein Austausch für Koch-Azubis, eine Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen im Strafvollzug, ein Sportprojekt mit behinderten Menschen, ein gemeinsamer Lauf über Grenzen hinweg, Theater als Mittel, um den Zweiten Weltkrieg zu verstehen, eine Konferenz zum Thema digitale Demokratie, ein gemeinsames Umweltprojekt im Senegal.

Das sind nur einige Beispiele von insgesamt 42 Projektvorhaben, die seit 2015 eine ON Y VA-Förderung erhalten haben.

Nachdem sich die Robert Bosch Stiftung entschieden hat, alle Programme im Bereich der Völkerverständigung mit Ablauf diesen Jahres zu beenden, um eine Neuausrichtung zu starten, geht es mit dem Ideenwettbewerb nun in die letzte Runde.

Am 13. März ist somit die Bewerbungsfrist für den letzten Durchgang von ON Y VA – AUF GEHT'S – LET'S GO!.



Wir erwarten vielfältige Projektideen!

Anfang April präsentieren wir auf der Webseite die Projektvorhaben, die zur Abstimmung zugelassen wurden. In einer zweiwöchigen Abstimmung bestimmen die Besucher dieser Website die Teams, die eine Förderung bis max. 5.000 € erhalten werden. Das genaue Datum der Abstimmung wird auf der Startseite bekannt gegeben.

Nehmen Sie teil, stimmen Sie mit ab – Ihre Stimme zählt:

► <https://www.auf-gehts-mitmachen.eu>

► [ideenwettbewerb@dfi.de](mailto:ideenwettbewerb@dfi.de)

## BNP Paribas vergibt erneut drei Stipendien an Studierende der Deutsch-Französischen Hochschule



Zum dritten Mal in Folge fördert die französische Großbank BNP Paribas drei junge Talente der DFH. Diese absolvieren die bi- bzw. trinationalen Studiengänge „Management (MIM)“ (ESCP Europe Berlin/ESCP Europe Paris/ESCP Europe London), „Management International“ (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin/École Supérieure du Commerce Extérieur Paris) und „Technologie- und Managementorientierte Betriebswirtschaftslehre (TUM-BWL)“ (Technische Universität München/HEC Paris).

Im Rahmen der Verleihung der Exzellenzpreise der DFH am 24. Januar 2019 in der Französischen Botschaft in Berlin wurden die Stipendien offiziell übergeben, in Anwesenheit der Botschafterin der Französischen Republik in Deutschland, Ihre Exzellenz Frau Anne-Marie Descôtes, sowie zahlreicher Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und dem Hochschulbereich.

Die Stipendienvergabe erfolgt auf der Basis einer Kooperationsvereinbarung für binationale „BNP Paribas-DFH-Stipendien“, die 2015 zwischen der Bank und der DFH unterzeichnet wurde. Mit die-



Stipendienverleihung in der Französischen Botschaft in Berlin.

Prof. Dr. Dr. h. c. David Capitant, Präsident der DFH (li.), Oliver Voigt, Head of Recruiting & HR Marketing Germany / Austria bei der BNP Paribas Gruppe in Deutschland (mi.) und die drei Stipendiaten. Quelle: Jacek Ruta / DFH-UFA.

sem und weiteren von namhaften Unternehmen wie den Michelin Reifenwerken und der SaarLB geförderten Stipendien verfolgt die DFH im Rahmen ihrer Stipendienprogramme das Ziel, den frühzeitigen Austausch zwischen Wirtschafts-

akteuren und ihren Studierenden zu intensivieren und die Stipendiaten für ihre exzellenten Studienleistungen auszuzeichnen.

Ansprechpartnerin: Céline Mérat

## Master in Border Studies

Seit 2017 bieten die vier Partneruniversitäten **Universität de Lorraine (FR), Universität des Saarlandes (DE), Technische Universität Kaiserslautern (DE) und Universität Luxemburg (LUX) den internationalen und mehrsprachigen Masterstudiengang Border Studies an, der in seiner Art einzigartig ist.**

Der Master Border Studies beschäftigt sich mit ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Fragestellungen an Grenzen und in Grenzregionen in Europa und weltweit. Die Studierenden erwerben die nötigen Fähigkeiten, um eine entscheidende Rolle in den zunehmenden Debatten über nationale und europäische Identitäten, weltweite Mobilität, Migration, kulturelle Diversität, Bürgerschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu spielen. Das interdisziplinäre Programm richtet sich an Studentinnen und Studenten aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, die die benötigten Kompetenzen zur Arbeit in interkulturellen Regionen und in Grenzregionen entwickeln möchten.

Warum Border Studies an der Universität der Großregion ( ▶ <http://www.uni-gr.eu/>) studieren?

- ❑ Ein gemeinsamer Abschluss der vier Partneruniversitäten
- ❑ Ein interdisziplinäres, multikulturelles und mehrsprachiges (Deutsch, Englisch, Französisch) Studienprogramm
- ❑ Spezialisierung in Kultur- und Sprachwissenschaften oder Raumwissenschaften
- ❑ Unterstützung der Studierenden durch Mobilitätsbeihilfen der Deutsch-Französischen Universität ( ▶ <https://www.dfh-ufa.org/>)
- ❑ Keine Studiengebühren, nur Semesterbeiträge

Einen Einblick in den Studiengang gibt unser neuer Film ( ▶ [https://www.youtube.com/watch?v=cUSFhx6KR\\_0](https://www.youtube.com/watch?v=cUSFhx6KR_0)), in dem Studierende von ihren Erfahrungen berichten, und dieser Artikel ( ▶ <http://www.abi.de/studium/studiengaenge/weiterfuehrende/gus/border-studies015933.htm>)

Interessiert? Weitere Informationen zum Masterprogramm und zur Bewerbung finden Sie auf un-



serer Website ( ▶ [http://www.uni-gr.eu/Master\\_Border\\_Studies](http://www.uni-gr.eu/Master_Border_Studies)). Die Bewerbungsfrist endet am 1. Juni für Bewerber aus EU-Staaten und am 26. April für Bewerber aus Drittstaaten.

Dr. Ines Funk  
Koordinatorin MA Border Studies  
▶ [ma\\_border\\_studies@uni-saarland.de](mailto:ma_border_studies@uni-saarland.de)



## Gegen Mangelerscheinungen an Sonne, Lavendel und Mittelmeer

Am 7. Mai wird der Journalist und Dokumentarfilmer Manfred Hammes im dfi vom Süden Frankreichs erzählen.

„Sie ahnen gar nicht, wie sehr sich die Welt überall gleicht“, schrieb Kurt Tucholsky an einen Freund und vertrat zugleich die Meinung, dass Eberswalde Saint-Tropez vorzuziehen sei, denn „in Eberswalde ist das Essen viel besser.“

Mit seinem Buch „Durch den Süden Frankreichs - Literatur, Kunst, Kulinarik“ will uns Manfred Hammes zeigen, dass Tucholsky sich in beiden Punkten irrte. Auf 16 Postkarten nimmt Hammes seine Leserinnen und Leser mit auf die vielen weniger ausgetretenen Pfade, die er in der Provence und im Languedoc gegangen ist. Beim Blättern durch seine 700 reich illustrierten Seiten erfährt man, dass in Vézénobres im Département Gard



Südfrankreichliebhaber Manfred Hammes



Die Grafik „Café des Exilés“ von Rainer Ehrh erinnert an die deutschsprachigen Schriftsteller im Exil in Marseille und Sanary-sur-Mer, die viel Zeit in Cafés verbrachten.

Boule mit eckigen Kugeln gespielt wird, weil es die dortigen Boule-Spieler leid waren, den die Hänge hinunterrollenden runden Kugeln hinterherzulaufen, dass die Hochprovence sogar Albert Camus zu Sonnen-Essays anregte, dass der Lieblingsort Jakob Arjounis Ginestas nahe dem Kanal du Midi im Département Aude war und vieles, vieles mehr. Dabei versteht sich der Autor nicht hauptsächlich als literarischer Reisebegleiter, sondern gibt auch Empfehlungen für Übernachtungsmöglichkeiten und warnt vor Restaurants, die man besser meiden sollte.

Von all den Anekdoten und kulinarischen Highlights, die Manfred Hammes zusammengetragen hat, wird er bei seinem Vortrag am 7. Mai im dfi nur eine kleine Auswahl darbieten können, sich dabei hauptsächlich auf die Literatur beschränken

und zur Illustration einige der 140.000 Fotos zeigen, die er seit 1990 bei seinen Reisen durch den Midi aufgenommen hat. Beim anschließenden Umtrunk können die Teilnehmer im Gard angebauten Wein verkosten, dazu französischen Käse und Ludwigsburger Baguette genießen und sich vorstellen, Lavendel zu riechen.

Wir laden Sie herzlich zu dieser Veranstaltung ein und bitten um Anmeldung bis zum 6. Mai 2019:

Deutsch-Französisches Institut:  
Asperger Str. 34  
D-71634 Ludwigsburg

Tel: 07141 – 93 03 – 0  
Fax: 07141 – 93 03 – 50  
veranstaltung@dfi.de  
<https://www.dfi.de/veranstaltung>

### Termine

**24. – 30. März 2019**

Europaseminar für Stipendiaten der Gips Schüle Stiftung, Paris

**29. März 2019**

Französischlehrertag, Ludwigsburg

**05. – 11. Mai 2019**

„Europa wählt – Deutsch-Französische Perspektiven im Wahlkampf“, Seminar der Heinrich Böll Stiftung für Journalisten, Berlin und Paris.

**28./29. Juni 2019**

XXXV. Jahrestagung des dfi: Deutsch-Französische Zusammenarbeit 2.0 - Potenziale und Handlungsperspektiven des Aachener Vertrages und des Deutsch-Französischen Parlamentsabkommens, Ludwigsburg

### Impressum

Deutsch-Französisches Institut  
Asperger Straße 34  
D-71634 Ludwigsburg  
Tel +49 (0)7141 93 03 0  
Fax +49 (0)7141 93 03 50

► [www.dfi.de](http://www.dfi.de)  
► [info@dfi.de](mailto:info@dfi.de)

Redaktion: Waltraut Kruse  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Prof. Dr. Frank Baasner

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abbestellen:

► <http://www.dfi.de/storno>